

*Der schwerfällig laufende Prozess der Wiedereingliederung sowie Drohungen und Attentate gegen frühere Mitglieder der FARC sind zwei der Gründe, derentwegen der Friedensprozess nicht mehr so optimistisch gesehen wird wie zur Zeit der Unterzeichnung des Abkommens. Das Magazin EL ESPECTADOR schildert am 3.7.2019 die Lage:*

### **Ökonomische Stabilität und persönliche Sicherheit sind die Herausforderungen für die Wiedereingliederung der früheren Guerrilleros**

Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im November 2016 sind 123 ehemalige Guerrilleros ermordet worden, 10 sind verschwunden und auf weitere 17 wurden Anschläge verübt. Die Verifikationsmission der UNO gab an, dass es in den Departements Caquetá, Nord-Santander, Antioquia und Valle del Cauca besonders gewalttätig zugeht.

„Es ist zutiefst besorgniserregend, dass seit der Unterzeichnung der Friedensabkommens die Mission den Tod von 123 früheren Kämpfern festgestellt hat, zudem das Verschwinden von 10 Personen sowie 17 Mordversuche“, heißt es im jüngsten Bericht der UN-Verifikationsmission für Kolumbien über die Sicherheitsverhältnisse, unter denen die zwischen Regierung und FARC im November 2016 geschlossene Vereinbarung umgesetzt wird.

In dem Dokument werden zwei Mordanschläge beschrieben, die dieses Jahr Besorgnis ausgelöst haben: an Dimar Torres in Catatumbo(Nord-Santander) und an Jorge Enrique Corredor in Tuluá (Valle del Cauca). Torres, der ziviler Unterstützer der FARC gewesen war wurde vom Militär ermordet. Dagegen wurde wegen des Mordes an Corredor, der als Zivilist und als Kommandant für die FARC tätig gewesen war, eine Person verhaftet, von der die Behörden angeben, sie sei verdächtig, an dem Mord beteiligt gewesen zu sein.....

Die UNO versichert, die Verbrechen gegen Personen, welche die Waffen niedergelegt haben „stehen in enger Relation zu der zunehmenden Präsenz krimineller bewaffneter Gruppen sowie zu illegalen und informellen wirtschaftlichen Aktivitäten in den von der FARC geräumten Zonen, in denen der Staat jedoch keine Präsenz und effektive Kontrolle zeigt“.

Hinsichtlich der Verantwortlichen für die Angriffe versichert der Bericht, dass diese in Mehrzahl zu illegalen Gruppen gehören. Im Bericht werden bewaffnete Gruppen genannt, wie der Clan del Golfo, ELN, EPL sowie Gruppen von Dissidenten der FARC. „Die Nachforschungen ermöglichten die Identifizierung von 68 Personen, die diesen Gruppen angehören, 35 von ihnen wurden festgenommen, wie auch 50 intellektuelle Vorbereiter dieser Morde, von denen 8 festgenommen wurden“, heißt es.

Die internationale Organisation richtete einen Aufruf an den Staat, Maßnahmen zu ergreifen, die diesen Verbrechen ein Ende setzen. Sie versicherte, dass die Nationale Schutzeinheit (UNP) „ Hindernissen ausgesetzt ist infolge Finanzknappheit und weil Handlungsrichtlinien und ein Strategieplan unvollständig sind“. Der Aufruf ging an diese Einheit, an das Innenministerium und an die „Technische Gruppe für Sicherheit

und Schutz", (ein gemeinsames Gremium von Regierung und FARC) „damit diese in geeigneter Form diese Herausforderungen überwinden und dabei vor allem berücksichtigen, dass vorhersehbar ist, dass die Anträge auf Personenschutz zunehmen werden, je näher der Termin der Kommunalwahl rückt“.

Die UNO zeigte zudem Besorgnis wegen der Angriffe auf Personen, welche die freiwillige Beseitigung von Drogenpflanzungen in Gang bringen oder in den Genuss von Kompensationen kommen. Laut den Daten der Regierung wurden in den vergangenen zwei Jahren 58 Personen ermordet, die an solchen Aktionen beteiligt waren. „Die illegalen ökonomischen Aktivitäten, wozu das Drogengeschäft und der illegale Abbau von Bodenschätzen gehören, sind eine Quelle der Gewalt im Lande und eine Bedrohung des Friedensprozesses“, wird betont.

„Der jetzt behandelte Berichtszeitraum war gekennzeichnet von einer gewissen positiven Entwicklung der Umsetzung des Friedensabkommens, z.B. der Wiedereingliederung früherer Kämpfer. Dennoch bestehen Besorgnisse hinsichtlich der Sicherheit weiter, und die Polarisierung und Spaltung bezüglich der Friedensprozesses besteht weiter, vor allem bezüglich der Übergangsgerechtigkeit“, unterstreicht die UNO.

Zu den Aspekten, in denen Fortschritte verzeichnet werden gehört das „Integrierte System der Wahrheit, Gerechtigkeit, Entschädigung und Nichtwiederholung“. Bei den Fortschritten hebt die UNO vor allem die Verabschiedung des Gesetzes über die Übergangsgerechtigkeit nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts hervor, mit der die Einwände von Präsident Duque gegen den Gesetzentwurf abgewiesen wurden. „Die Verifizierungsmission der UNO in Kolumbien hat in einer Verlautbarung zum Ausdruck gebracht, dass sie mit Genugtuung diese Maßnahme zur Kenntnis nahm und stellte fest, dass damit ein Beitrag geleistet wird zu einer klareren Definition der Rechte der Opfer sowie der rechtlichen Garantien aller, die der Übergangsgerechtigkeit unterstehen“, hob sie hervor.

Bezüglich der Amtsführung dieses Tribunals wird ausgeführt, dass von 58 Anträgen auf Nichtauslieferung(meist an die USA, A.d.Ü.) 43 abgelehnt wurden. Zwischen dem 27.März und dem 26.Juni 2019 haben 40 frühere Angehörige der FARC und 80 Mitglieder der Streitkräfte „freiwillig ausgesagt zu 7 exemplarischen Fällen aus den 60 Jahren des bewaffneten Konflikts“. Gelobt werden ebenfalls die Arbeit der Wahrheitskommission und die Tätigkeit der Einheit für die Suche nach vermissten Personen.

Ferner hebt der Bericht hervor, dass der Nationale Rat zur Wiedereingliederung(paritätisch besetzt von Regierung und FARC) 24 Gemeinschaftsprojekte früherer Kämpfer bewilligt hat, die 1566 Personen zugutekommen. Bisher wurden für 17 dieser Projekte Gelder angewiesen, dazu für 27 Einzelpersonen von insgesamt 190 individuellen Antragstellern.

Positiv erwähnt der Bericht auch die Befragung von 10708 demobilisierten Guerrilleros durch die Agentur für Wiedereingliederung und Normalisierung. Dabei bestätigten alle Befragten, sich im Wiedereingliederungsprozess zu befinden. Zu

weiteren 2360 konnte kein Kontakt hergestellt werden, was jedoch nicht heißen muss, dass diese Personen aus dem Friedensprozess ausgeschieden sind.

Zu den Fakten, auf die der Bericht besonders Bezug nimmt, gehört der Fächer der sog. „gemeinsamen Organe“ (gebildet von Regierung und FARC), die zur Umsetzung des Friedensabkommens geschaffen wurden. „Der Nationale Rat zur Wiedereingliederung tagte regelmäßig. Die Kommission für die Nachverfolgung der Umsetzungsmaßnahmen produzierte weder erkennbare Resultate, noch ließ sie eine klare Agenda für ihr Vorgehen erkennen. Die Nationale Kommission für die Sicherheitsgarantien führte lediglich regionale Sitzungen und Sitzungen zu speziellen Themen durch“. Diese Einschätzungen passen zu den Streitereien über die Nichtbeteiligung verschiedener Instanzen, die im Zuge des Friedensabkommens geschaffen wurden.